

Richard Meng

Der falsche Zungenschlag

Politische Wirkungen der Integrationsdebatte
diesseits von Sarrazin



Richard Meng

(* 1954) ist Sprecher des Senats
von Berlin.

sprecher@senatskanzlei.berlin.de

Wir kennen das. Reiz-Reaktion: In der Tagespolitik ist es Standard. Und bei kaum einem anderen Thema stellen sich billige Reflexe so schnell ein wie dann, wenn es um Menschen geht, die selbst nicht Teil des Diskurses sind. Wenn es also um die Anderen geht. Früher meist außerhalb des Landes geortet, jetzt auch gerne mal innerhalb. Das Wespennest summt dann besonders fröhlich. Es beruhigt sich zwar immer wieder, aber bald braucht es den nächsten Stich.

Integrationsdebatten wie die in den vergangenen Monaten hatten wir öfter schon. Eine Berliner Schule – Rütli – war einst der Aufhänger. Jetzt war es ein teils akribisch-pedantisches, teils schlicht töricht-inkompetentes Buch, das aber eigentlich doch gar nicht im Zentrum steht. Das vom Inhalt her nur symbolhaft Anlass war, auch für die Neuintonierung von Islamfeindlichkeit im Aufklärungsgewand. Während vor allem die Besonderheit des Autors (Bundesbanker, SPD-Mitglied) den nötigen medialen Sexappeal lieferte.

Der Befund nach alledem: Ja, da ist etwas, das immer wieder nur den Stich ins Wespennest braucht, um kurzzeitig für die Schicksalsfrage schlechthin gehalten zu werden. Da ist eine liberale Gesellschaft mit sich selbst und ihren inneren Gegensätzen noch lange nicht im Reinen. Sie tut sich emotional schwer mit ihrem eigenen rationalen Erkenntnisstand, offenes Einwanderungsland zu sein – was vielen dann plötzlich als seelenlose politische Korrektheit erscheint. Sobald es biedermeierische Anstifter zu schrägen Angstgefühlen gibt.

Die Fragestellung kennen wir lange, dazu bräuchte es weder Brandbriefe noch Brandbücher. Nichts ist ja auch endgültig gut. Und dennoch wird immer wieder gerne weg geschoben, dass Integration in Wirklichkeit millionenfach gelungen ist. Von einer Öffentlichkeit speziell, die sich längst daran orientiert und nicht mehr hinterfragt, warum immer nur der Ausnahmefall die Story hergibt, während der Normalfall kaum erwähnenswert scheint. Von einem Publikum auch, das sich an das Anfixen durch Extremthemen gewöhnt hat, vielleicht sogar schon eintrainiert ist auf einfachgestrickte »Wutwellen«, unten gegen oben.

Es ist billige Selbstlegitimation, wenn Medienleute sich mit dem Argument verteidigen, das Publikum wolle es doch erwiesenermaßen so. Und es als Aufklärung missdeuten, wenn sie vermeintlichen Tabuverletzern breiten Raum geben, während abwägende Argumente als langweilig abgehakt werden. Es ist Populismus, wenn Parteipolitiker flugs anfangen, die Geräusche des Wespennestes mitzusummen.

Integration als soziale Frage verstehen

In der Integrationsdebatte steht wieder mal die SPD im Mittelpunkt der Verwerfungen, und das ist inhaltlich betrachtet höchst kurios – wenn auch medienlogisch. Die Debatte wäre ja halb so spannend, wenn der aktuelle Provokateur nicht aus der SPD käme. Denn – mit Integrationspolitik hat das nichts zu tun – damit wird wieder einmal jene kulturelle Spaltungslinie offen gelegt, die seit dem unter Helmut Schmidt provozierten Auswandern der grünen Generation die innersozialdemokratische Debatte prägt. Also: Ein SPD-Bild bestätigt sich. Das Bild einer Partei, die nicht weiß, was sie will.

Dabei gibt es realpolitisch unter den heutigen Parteien keine, die auf kommunaler Ebene und speziell in der Großstädten mehr an praktischer Integrationspolitik vorweisen könnte als die SPD. Gerade sie muss sich nicht sagen lassen, sie tabuisiere die nach wie vor bestehenden Probleme. Gerade sie ist dabei, auch den Integrationsbegriff interkulturell zu öffnen – und Integration vor allem als soziale Frage zu verstehen, egal welcher Herkunft gesellschaftlich abgehängte Menschen sind, und sei es deutscher Herkunft. Trotzdem reagiert sie verunsichert. Das strategische Dilemma ist wieder da, das schon in der Vergangenheit beim eher bodenständig-konservativen Teil der SPD immer wieder zu problematischen Zungenschlägen gegen die eigene Programmatik führte, die doch schon weiter, vor allem: differenzierter war. Angst vor Modernität und die alte Rolle als Fortschrittspartei: Das sind in solchen Momenten Gegensätze.

Wie kann man heute auf Basis sozialdemokratischer Grundsätze ernsthaft dazu kommen, Menschen mit Ausweisung zu drohen, falls sie sich nicht integrieren lassen wollen? Mag sein, dass so in einer ländlich-kleinstädtischen SPD schneller Beifall abzuholen ist. In den Großstädten dementiert man sich damit selbst und lädt weitere Teile der eigenen Anhängerschaft ein, sich bei den Grünen sicherer aufgehoben zu fühlen. Während andere, sich als eher links sehende Teile der SPD sich dort kaum mehr trauen, die Unterschiede zu den Grünen offensiv deutlich zu machen – etwa, wenn es um die kurzfristigen Kosten von mehr Klimaschutz geht, aber eben auch hinsichtlich grüner Naivität beim Integrationsthema.

Wohl wahr: An Menschen am Rande der Gesellschaft müssen Erwartungen gestellt werden, um sie neu zu motivieren. Aufstiegswillie, Anstrengung: Das ist das Ziel. Aber wo es verschüttet ist oder nie da war, ist das doch nicht als individuelle Schuldfrage zu behandeln – und schon gar nicht im Rahmen von Vorbehalten gegen ihre Religion. Selbst bei individuellen Gesetzesübertretungen kennt das Strafrecht das Ziel der Wiedereingliederung, also: Reintegration. Und die Entwicklung eines europäischen, liberalen Islam steckt nun einmal noch sehr in den Anfängen. Vergleichbare Entwicklungen mit all ihren Widersprüchen hat das autoritäre, dogmatische Christentum auch durchgemacht.

Wer zu Recht in Deutschland lebt, hat hier ein Recht auf Heimat – und im moralischen Sinne die Pflicht, sich gemeinschaftsverträglich zu verhalten. Aber mit falschen Zungenschlägen, die letztlich Abgrenzung signalisieren, kann Abschottung nur verstärkt werden. So wie einst bereits mit der Forderung nach einer deutschen »Leitkultur«, ein letztlich spalterischer Impuls aus der konservativen Ecke, mündend in platten Bekenntnisdebatten.

»Gerade die SPD ist dabei, auch den Integrationsbegriff interkulturell zu öffnen.«

Das Großthema hinter all der Aufregung lautet: Aufspaltung der Gesellschaft. In einem weit verstandenen bürgerlichen Lebensumfeld geht sie einher mit einem auch politisch immer dominanteren Individualismus, der Klientelparteien attraktiver erscheinen lässt als Volksparteien. Im Bereich der Unterschichten verstärken sich generelle Verweigerung oder Radikalisierung des Wahlverhaltens, soweit man denn von der Staatsangehörigkeit her überhaupt wählen darf. Hier wie dort dominiert die Frage: Was bringt es mir persönlich? Gesellschaftlichkeit ist auf dem Rückzug – in Teilgesellschaften hinein, die dann aber umso emotionaler ihre Teilinteressen einklagen. Ausschließlich Teilinteressen.

Je mehr sich nun abzeichnet, dass mindestens in den großen Städten der Führungsanspruch der SPD auch durch die Grünen herausgefordert ist, die zur Projektionsfläche für neuen liberalen Individualismus wurden, desto überlebter erscheint die Vorstellung, Rot und Grün könnten in stillschweigender Arbeitsteilung gemeinsam siegen. Im Spruch vom Koch und Kellner hat sich einst diese Vorstellung in den Köpfen festgesetzt – aber sie war immer schon falsch. Denn die Anhängerschaften beider Parteien überlappen einander.

Selbstbewusst den eigenen Weg gehen

Es macht überhaupt keinen Sinn, wenn in der SPD – siehe Integrationsdebatte – so getan wird, als würde mehr Arbeitsteilung mit den Grünen weiter helfen, etwa auch um an enttäuschte CDU-Wähler heranzukommen. Das sind immer nur kurzfristige Effekte, die bei realem eigenem Regierungshandeln nicht mehr tragen und so den nächsten Absturz programmieren. Während den Grünen kapitulationsgleich die Hegemonie im neuen Bildungsbürgertum überlassen wird.

Wichtiger ist es, mit mehr Selbstbewusstsein den eigenen, den differenzierten Weg zu gehen, gegen grüne und konservative Einseitigkeiten, aber ohne dem Wettstreit um das liberal-ökologisch denkende Bürgertum aus dem Weg zu gehen. Ohne sich auch noch freiwillig auf schrumpfende Facharbeitermilieus und ländliche Räume zu reduzieren. Und ohne wichtigtuertisch in Talkshows selbst den Eindruck zu erwecken, in der Integrationspolitik müssten nur endlich mal Tacheles geredet und angebliche Tabus überwunden werden – während man in der kommunalen Verantwortung doch tagtäglich vorführt, dass nur kleine Schritte weiter helfen. Typisch SPD: Da ist immer viel Profilierung Einzelner zu Lasten der Glaubwürdigkeit des Ganzen. Weil diese Einzelnen ihre eigenen sozialdemokratischen Teilwelten für absolut erklären.

Vollzugsdefizit? Ja, und wie. Weder ist Hartz IV missbrauchsfest noch wird Engagement für die liberale Demokratie an Kitas, Schulen und im Alltagsleben deutlich genug eingefordert. Aber Erkenntnisdefizit? Nein.

So, wie die Integrationsdebatte gelaufen ist, hatte sie viel zu oft den Tenor: Da mag sich ein Bücherschreiber zwar vergaloppiert haben – aber im Kern hat er mit vielem Recht und die Politik will das nicht sehen. Zu viele haben beigetragen zu diesem Eindruck. Zu selten werden die Anstrengungen und Erfolge selbstbewusst verteidigt. Über das bekannte Problemspektrum von innerfamiliärer Gewalt über Bildungsferne bis hin zu Ansätzen von Parallelgesellschaften könnte man leichter in fairer Weise reden, wenn dabei nicht eine neue Leichtfertigkeit zu entdecken wäre, die Schuld abzuladen bei denen, die die Probleme haben.

Der wirkliche Tabubruch

Es sind die vermeintlichen Wahrheiten des Populismus, die liberales Denken in sein Gegenteil verkehren. Am Ende werden dann – im wahrsten Sinne anti-aufklärerisch – noch diejenigen angeklagt, die differenziert bleiben. Da träufelt nun ein Gift durch, es macht sich etwas breit: das Messen mit zweierlei Maß. Wer Kitapflicht für Kinder aus Unterschichtfamilien fordert, bekommt breiten Beifall. Aber gilt das Gleiche bezogen auf die Kinder aus dem konservativen oder grünen Bürgertum? Und, falls ja: Meinen wir eigentlich dieselben Kitas für alle?

Zweites Beispiel: So, wie die Bundesregierung scheinobjektiv neue Hartz-IV-Sätze berechnet hat, wird die Politikfalle offensichtlich. Weil es weder zu schwarz-gelben Steuersenkungen kam noch ein gesetzlicher Mindestlohn zu mehr Realeinkommen führte, gibt es unter Lohnabstandsgesichtspunkten keinen Spielraum nach oben bei der Grundsicherung. Von der Kassenlage des Staates also noch gar nicht zu reden: Die kleinen Lohn- und Einkommensempfänger, bisher treue Stammklientel der Volksparteien, würden deutlichere Hartz-Steigerungen als hochgradig ungerecht empfinden.

Die Rechenkünstler der Regierung kamen auf die Idee, einen Teil des Dilemmas durch Alkohol- und Tabakverzicht bei den Armen zu lösen. Darauf trinkt der Normalverdiener gerne einen. Aber was lehrt uns der Vorgang über die unterschiedlichen Gefühlswelten in der Gesellschaft? Druck auf die Schwachen wird als Rezept aussprechbar. Druck, nicht motivierende Erwartung. Das ist das Neue. Das ist der wirkliche Tabubruch – da kam der Anlass gerade recht.

Nicht ganz zufällig parallel wurde ein weiteres Uralt-Wespennest zum Summen gebracht: Gibt es eigentlich noch einen vorzeigbaren Konservatismus? Kaum jemand in der Realgesellschaft hatte ihn ernsthaft vermisst. Eine virtuelle Mediendebatte wärmt das Thema aber immer dann wieder auf, wenn die Unionsparteien in den Meinungsumfragen gerade schlecht dastehen. Prompt startet der neue Ministerpräsident in Stuttgart, beraten nach dem Prinzip Roland Koch, erst mal ein Festival brutalstmöglicher Staatsdemonstration alter Art. Augen zu und durch. Ein Politikstil, der 2010/11 nicht mehr funktionieren kann, gerade weil die Gesellschaft so vielfältig und unübersichtlich wurde. Auch das ist ein Vorgang, der letztlich zeigt, wie schnell sich die Koordinaten in der Bürgergesellschaft verschieben, wenn Volksparteien bestimmte Angstreflexe aktivieren. Die Grünen freut es, ohne dass sie viel tun müssen, hier wie da.

Dahinter steckt der generelle Trend, sich von Demoskopern und Medien mit ihren oberflächlichen Kurzfrist-Reflexen die Art der Fragestellung diktieren zu lassen, statt selbst etwas zu wollen und das auch zu verkörpern – in bürgerschaftlicher Gelassenheit. Zurück zur Integrationspolitik diesseits von Sarrazin: Wer den Weg hin zu einer weltoffenen Republik weiter gehen will, muss gemeinsam mit den vielen integrierten Zuwanderern Vorbilder anbieten und Brücken bauen. Für alle, die abgehängt sind und in ihren Nischen festsitzen, ob deutsch oder nicht-deutsch. Das ist der richtige Zungenschlag.

»Es sind die vermeintlichen Wahrheiten des Populismus, die liberales Denken in sein Gegenteil verkehren.«